



AUSZUG

aus der Sitzung des Rates

vom Donnerstag, dem 25.04.2019 um 17:00 Uhr

I. Öffentliche Sitzung

8 Antrag zur Unterstützung der Initiative "Seebrücke"; Verabschiedung eines Resolutionstextes, Antrag der Fraktion Bündnis '90 / Die Grünen VL-53/2019

Die Zahl der Menschen, die nach offiziellen Angaben 2018 auf der Flucht im Mittelmeer ertrunken sind, beträgt 2300, auch im Jahr 2019 sind bereits wieder über 200 Tote zu beklagen. Die Dunkelziffer dürfte deutlich höher liegen. Viele Tausende waren es in den vergangenen Jahren, täglich kommen weitere hinzu. EU-Regierungen schicken traumatisierte Geflüchtete zurück in die Gewalt und Willkür nordafrikanischer Lager oder lassen sie auf den letzten verbleibenden zivilen Rettungsschiffen durch das Mittelmeer irren.

Zivile Seenotrettungs-Organisationen werden zunehmend diffamiert und kriminalisiert, ihre Schiffe an die Kette gelegt und ihre Kapitäne vor Gericht gezerrt. In dieser dramatischen Situation erklären sich immer mehr europäische Städte zu „sicheren Häfen der Zuflucht“ (Barcelona, Palermo, Valencia; in Deutschland u.a. die Städte Berlin, Köln, Düsseldorf, Bonn, Potsdam, Regensburg, Solingen, in Niedersachsen Osnabrück, Oldenburg, Braunschweig, Hildesheim oder die Samtgemeinde Thedinghausen).

Sie erklären sich bereit, in Not geratene Geflüchtete zusätzlich aufzunehmen und stellen sich damit ausdrücklich gegen die propagierte Auffassung, dass Zäune und Mauern die Probleme lösen könnten. Die wachsende zivilgesellschaftliche Initiative „Seebrücke – schafft sichere Häfen“ protestiert seit geraumer Zeit gegen das Sterben im Mittelmeer und gegen die Kriminalisierung von Seenotretter*innen.

Wir wollen diese Initiative stärken und als Stadt einen Beitrag zu einer humanitären Lösung leisten. In den letzten Jahren haben die Bürger*innen unserer Stadt, die Verwaltung und die Politik gezeigt, dass sie bereit und fähig sind, geflüchtete Menschen aufzunehmen und zu integrieren. Diesen Weg müssen wir weitergehen und damit ein weiteres „Nordhorn leuchtet“ Signal geben.

Mit freundlichen Grüßen
Mathias Meyer-Langenhoff (Fraktionssprecher (B'90/Die Grünen))

Stellungnahme der Verwaltung:

Der Verwaltungsausschuss hat sich mit der Thematik mehrfach beschäftigt. Die notwendige Vorbereitung einer Ratsentscheidung nach dem Niedersächsischen Kommunalverfassungsgesetz ist somit bereits erfolgt. Der Verwaltungsausschuss hat sich zuletzt in seiner Sitzung vom 23. Januar 2019 (Top 10, VL-248/2019) dafür ausgesprochen, das Thema in öffentlicher Ratssitzung zu beraten. Vorausgegangen war dem Tagesordnungspunkt ein Schreiben des ACK Nordhorn (Arbeitskreis Christlicher Kirchen Nordhorn), welches auch in einer Pressemitteilung verbreitet wurde.

Die Verwaltung kann sich dem Beschlussvorschlag grundsätzlich anschließen.

Beschluss: Der Rat beschließt mit einer Gegenstimme und 6 Enthaltungen:

Der Rat der Stadt Nordhorn unterstützt die Initiative „Seebrücke“. Er bekennt sich zu seiner Verantwortung, Menschen zu helfen, die durch Krieg, Verfolgung und andere Notlagen ihre Heimat verlassen haben und in Deutschland Zuflucht suchen. Die Stadt Nordhorn hat mit der Unterstützung zahlreicher Einwohnerinnen und Einwohner in den vergangenen Jahren den Geflüchteten Obdach und Hilfe gewährt und wird dieses auch in Zukunft tun. Der Rat der Stadt Nordhorn beschließt folgende Resolution:

1. Der Rat appelliert an die Bundesregierung, sich weiterhin und verstärkt für die Rettung der Menschen auf dem Mittelmeer sowie für eine Bekämpfung der Fluchtursachen einzusetzen.
2. Um darüber hinaus ein klares Zeichen der Menschlichkeit und Offenheit unserer Stadt und ihrer Menschen zu setzen, deklariert der Rat die Stadt Nordhorn als „sicheren Hafen“. Die Stadt nimmt im Rahmen ihrer Möglichkeiten Geflüchtete auf.
3. Die aktive Behinderung der Arbeit der Seenotrettung durch europäische Staaten muss umgehend beendet werden.
4. Die europäische Staatengemeinschaft muss ihrer Verantwortung bei der aktiven Seenotrettung gerecht werden und darf sich nicht auf die Arbeit Dritter verlassen oder den Tod von Menschen in Kauf nehmen.
5. Unabhängig von den verschiedenen Positionen zur Asyl- und Migrationspolitik, die in diesem Rat vertreten sind, bekennen wir uns klar zum Menschenrecht auf Leben und körperliche Unversehrtheit. Abschottung und somit den Tod unschuldiger Menschen billigend in Kauf zu nehmen, ist kein legitimes politisches Mittel.
6. Der Rat der Stadt Nordhorn ist bereit, Geflüchteten im Rahmen der kommunalen Möglichkeiten Obdach und Hilfe zu gewähren; dieses gilt auch für in Seenot geratene Menschen. Für die Verteilung und Unterbringung von aus Seenot Geretteten muss die Bundesregierung eindeutige Regelungen schaffen. Der Rat der Stadt Nordhorn fordert die Vertreter und Vertreterinnen in Bundestag und Landtag auf, sich für diese Ziele einzusetzen.